

## **SPERRFRIST: 1. Mai 2023, Redebeginn**

### **REDE zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2023 in Köln**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Yasmin Fahimi**

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde!

Es ist großartig, euch alle hier heute so zahlreich und so lautstark versammelt zu sehen. Denn heute ist nicht einfach ein Feiertag. Heute ist der Tag der Arbeit, an dem wir seit über 130 Jahren deutlich machen, dass es um etwas Bedeutendes geht: Um unser Recht auf menschenwürdige und Gute Arbeit und um ein gutes Leben! Und das schaffen wir nur, wenn wir solidarisch zusammenstehen. In schwierigen Zeiten umso mehr. Und deswegen heißt unser diesjähriges 1. Mai-Motto „Ungebrochen solidarisch“!

Wenn es einen gerechten Wandel unserer Gesellschaft geben soll, wenn Krisen für alle und miteinander bewältigt werden müssen, dann bleibt Solidarität die richtige Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Denn nur wenn es meinem Kollegen gut geht, kann ich selbst auch auf eine gute Zukunft hoffen.

Eine Zukunft, in der eben alle echte Chancen haben: Frauen wie Männer, unsere Kinder, wir selbst und unsere Eltern (jung und alt), Menschen mit und ohne Handicap, Zugewanderte oder Deutsche, egal welcher Religion oder sexuellen Orientierung.

Das ist es, was wir im Betrieb miteinander leben.  
Das ist es, was uns Frieden, Freiheit und Kraft schenkt.  
Das wächst aus der Kraft ungebrochener Solidarität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen auch für einen Gegenentwurf zur kalten Verwertungslogik der reinen Marktwirtschaft. Wir fordern: gerechte Bezahlung und gute Arbeit, Schutz vor Willkür und Ausbeutung.

In einer kapitalistischen Welt haben wir dafür nur eine Chance – nämlich wenn wir eine organisierte starke Gemeinschaft sind. Nur mit starken Gewerkschaften und unseren Tarifverträgen können wir der Profitgier etwas entgegensetzen. Und nur mit uns – nicht gegen uns – gelingen ein rechtzeitiger Stopp des Klimawandels und eine erfolgreiche Transformation unserer Wirtschaft – mit guten, neuen Arbeitsplätzen.

Und gerade dieser Tage wissen wir nur umso mehr, dass eine friedliche, tolerante und sozial verantwortliche Welt ein solidarisches Miteinander braucht, um sich gegen Hass, Hetze und Verleumdung zu stellen.

Solidarität ist das Gegenteil der menschenverachtenden Spaltungsversuche, mit denen Populisten und Rechtsextremisten das soziale Klima vergiften und die Menschen gegeneinander treiben. Das wird stets unsere ungebrochene Gegenwehr finden.

Wer mit uns den Weg der Solidarität geht, der macht unser Land menschlicher, hoffnungsvoller und zukunftsfähiger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

jeden Tag aufs Neue, Schritt für Schritt, arbeiten wir gemeinsam und sehr erfolgreich daran, die Verhältnisse zum Besseren zu verändern. Wie das im Konkreten geht, darüber haben uns eben einige Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben berichtet. Ich bin immer wieder beeindruckt und begeistert, was Ihr – liebe Kolleginnen und Kollegen – jeden Tag leistet. So geht der soziale Umbau der Arbeitswelt – konkret und verantwortlich!



Von allein und aus reiner Einsicht bewegt sich in den Chefetagen doch gar nichts für das Gemeinwohl, für eine gute Arbeitswelt oder gegen den Klimawandel. Sozialen Fortschritt muss man erkämpfen. Und wir nehmen diesen Fortschrittsauftrag an! Jeden Tag konkret und verantwortlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am deutlichsten sehen wir die Notwendigkeit unseres Kampfes derzeit bei den Lohnauseinandersetzungen. Im vergangenen Jahr hat die Rekord-Inflation alle Beschäftigten mit großer Wucht getroffen. Die Inflation brennt uns ein Loch in den Geldbeutel. Und das beste Mittel gegen steigende Lebenshaltungskosten sind kräftige Lohn- und Gehaltszuwächse – die wir im Zweifel eben auch per Streik erkämpfen! Weil Klatschen und warme Worte nicht reichen. Wir wollen für hervorragende Arbeit anständig bezahlt werden!

Ihr habt das mit der Kraft der Solidarität erstritten. Euer Engagement im Tarifkonflikt hat sich ausgezahlt. Mit ordentlichen Lohnerhöhungen! Darauf könnt ihr stolz sein:

- Mit den erfolgreichen Abschlüssen der letzten Monate in der Chemieindustrie, in der Metall- und Elektroindustrie oder bei der Post.
- Mit den vielfältigen und erfolgreichen Ver.di-Aktionen an Flughäfen und im öffentlichen Dienst in den vergangenen Wochen.
- Mit der beeindruckenden GEW-Mobilisierung im Bildungsbereich.
- Mit den kampfbereiten EVG-Kolleginnen und -Kollegen im Tarifstreit der Bahn.
- Ihr habt in der Pandemie den Laden am Laufen gehalten. Ihr habt den Frust der Fahrgäste abbekommen. Das verdient mehr als einen feuchten Händedruck!

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, die sich noch im Tarifkampf befinden, daher viel Kraft und gute Erfolge. Ihr wisst, dass wir alle solidarisch an Eurer Seite stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Richtung der Arbeitgeber und der Politik muss ich an dieser Stelle allerdings eines mit aller Deutlichkeit nochmal sagen: Wer jetzt auf die Idee kommt, das Streikrecht einzuschränken, der sägt am Grundpfeiler unserer Demokratie. Das wird keinen Deut besser, wenn dieser Angriff auf einige Branchen beschränkt bleiben soll.

Heute diskutieren sie über Krankenhäuser und Kraftwerke – in Unkenntnis, dass Ihr überall dort ohnehin mit Notfallplänen die unerlässliche Versorgung sicherstellt. Und morgen werden es andere „systemrelevante“ Industrien und Dienstleistungen sein.

Systemrelevant waren in der Pandemie die Kolleginnen und Kollegen, die rausgegangen sind und ihren Job gemacht haben – unter zum Teil schwierigsten Bedingungen. Systemrelevant seid jetzt Ihr alle, wenn es darum geht, Infrastruktur am Laufen zu halten. Ihr seid so systemrelevant, dass man Euch das Streikrecht absprechen will. Aber nicht so systemrelevant, dass man Euch ordentliche Löhne zahlen will.

Wie zynisch ist das denn?! Wenn sich das durchsetzen würde, dann wäre der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Grundrechte, die nach Gutsherren-Art gewährt oder verweigert werden. Und eine Bezahlung, die sich nach dem Belieben der Arbeitgeber richtet. Das wäre ein Rückfall ins vorletzte Jahrhundert. Das hat mit Demokratie, Verantwortung und Fortschritt genau nichts zu tun!



Tarifautonomie ohne Streikrecht ist nichts anderes als ‚kollektives Betteln‘. Streiken ist unser verfassungsgemäßes Grundrecht! Und wir werden es weiter nutzen, Kolleginnen und Kollegen!

Umso mehr, wenn jemand versucht uns das abzusprechen. Ich sage Euch: Keinen Millimeter werden wir preisgeben. Wer das versucht, der muss mit der entschlossenen und anhaltenden Gegenwehr der gesamten Gewerkschaftsbewegung rechnen, Kolleginnen und Kollegen! Ich zähle auf Euch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Wahrheit gehört aber auch, dass unsere Tarifverträge mittlerweile in vielen, zu vielen Wirtschaftszweigen und Betrieben den Beschäftigten nicht mehr den notwendigen Schutz bieten können. Ganz einfach deswegen, weil von Jahr zu Jahr sich immer mehr Arbeitgeber sich der Verantwortung entziehen und auf Tariffucht gehen.

Dieser sozial- und gesellschaftspolitische Skandal hat zur Folge, dass jedes Jahr ein volkswirtschaftlicher Schaden von mindestens 100 Mrd. Euro entsteht. Mit ihrem Lohn- und Sozialdumping geht Kaufkraft verloren, der Staat nimmt weniger Steuern ein und die Sozialkassen weniger Beiträge. Schon aus ökonomischer Vernunft dürfen wir uns diesen Wohlstands- und Wachstumsverlust nicht mehr leisten!

Und es kann doch wohl nicht wahr sein, dass der Staat das auch noch indirekt bei seinen Auftragsvergaben unterstützt. Die Politik muss endlich raus aus der Zuschauerrolle. Es reicht nicht bedauernd zu beobachten, wie die soziale Grundarchitektur unserer Demokratie beschädigt wird und an Tragkraft verliert.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung unverzüglich einen Nationalen Aktionsplan zur Steigerung der Tarifbindung. Wir wollen, dass sich die Bundesregierung dem EU-Ziel verpflichtet, die Tarifbindung wieder auf mindestens 80 Prozent anzuheben.

Sozialpartnerschaft als Lippenbekenntnis haben wir uns nun lange genug angehört. Diese Bundesregierung will anders sein?! Dann wollen wir jetzt Taten sehen! Das hat auch etwas mit Respekt zu tun! Die 500 Mrd. Euro Steuergeld, die die öffentliche Hand jedes Jahr an Aufträgen vergibt, dürfen in Zukunft nicht mehr an Tarifverweigerer gehen.

Wir akzeptieren keine Trippelschritte mehr: Mit einem umfassenden Bundestariftreuegesetz müssen alle öffentlichen Aufträge, Wirtschaftshilfen und Versorgungsaufträge des Bundes einbezogen werden.

Wir fordern sozialen Fortschritt durch Tariflöhne für alle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

klar ist aber auch: Wir befinden uns immer noch in Zeiten der Krise und der großen Umbrüche. Deshalb machen wir Gewerkschaften auch der Politik weiterhin Druck mit dem Ziel, die privaten Haushalte zusätzlich zu entlasten. Denn neben den Energiepreisen sind die Preise für Lebensmittel eine große Herausforderung. Und natürlich – wie hier in Köln – auch die steigenden Mieten.

Mit den drei Entlastungspaketen der Bundesregierung konnte vielen Menschen geholfen werden. Und es konnten viele Arbeitsplätze gesichert werden. Unsere Handschrift dabei war unverkennbar. Zentrale gewerkschaftliche Forderungen sind heute Realität, auch wenn wir uns an der ein oder anderen Stelle noch mehr hätten vorstellen können: Die einmaligen Pauschalen für Energie und Inflation wurden durchgesetzt – auch für Studis und Rentner\*innen.



Die Strom- und Gaspreisbremse hätte es ohne unseren Druck nicht gegeben. Auch das höhere Wohngeld, das zwei Millionen Haushalte erreicht, hat geholfen. Und das deutlich höhere Kindergeld unterstützt alle Familien. Das war richtig und notwendig. Aber staatliche Hilfen können eben nur ein Teil der Problemlösung sein. Wir brauchen die richtigen Instrumente, um aus Transformation tatsächlich Fortschritt für alle zu machen.

Wir Gewerkschaften schützen die Beschäftigten nicht nur vor der Willkür der Arbeitgeber. Wir Gewerkschaften sorgen auch dafür, dass Beschäftigte nicht mundtot gemacht werden. Dass durch unternehmerische Alleingänge nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg entschieden wird. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes dürfen nicht Objekte oder gar Opfer der Veränderung sein, sondern müssen gefragte und selbstbewusste Akteure sein.

In diesem Land müssen wir uns entscheiden, ob mündige Staatsbürgerschaft nur heißt, Parlamente zu wählen, oder ob wir die wirtschaftliche Mitbestimmung brauchen, um demokratisch und verantwortlich unsere zukünftige Arbeitswelt in den Betrieben zu gestalten.

Das zeigt hier in Köln auch das Beispiel Ford. Wenn es nach dem Management gegangen wäre, wäre die Lösung so trivial, wie verantwortungslos gewesen: Einfach rauschmeißen. Das ist aber keine Strategie, es ist ein Skandal! Obwohl Ford Forschung und Entwicklung künftig in den USA konzentrieren will, haben die Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat durchgesetzt, dass für die nächsten 10 Jahre betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind. Die Betriebsvereinbarung schützt die Beschäftigten erst einmal vor dem Entlassungsrisiko.

Das ist eine großartige Leistung für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien. Dazu möchte ich euch gratulieren und mich ganz herzlich bedanken! Aber jetzt geht es darum, in der Transformation hin zur Elektromobilität neue, langfristige Perspektiven für den Standort aufzubauen.

Und deswegen ist unsere Forderung so wichtig, dass wir in wirtschaftlichen Angelegenheiten, also auch in Fragen von Zukunftsstrategien, echte Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte und im Aufsichtsrat haben! Das ist nicht irgendein demokratischer Luxus, kein gewerkschaftliches Gedöns. Es ist ökonomisch vernünftig und sozial gerecht, diejenigen in Entscheidungen einzubeziehen, die ihren Arbeitsplatz, die betrieblichen Abläufe und die Produkte ihrer Arbeit am besten kennen. Und deswegen braucht Arbeit mehr Mitbestimmungsrechte. Und diejenigen, die sich im Betrieb dafür engagieren, brauchen mehr Schutz gegen Repressalien und Willkür.

Wer sich entscheidet, im Betrieb Verantwortung für die Beschäftigten zu übernehmen, der steht oft unter großem Druck. Niemand übernimmt eine solche Aufgabe leichtfertig. Und oft genug geht das Engagement weit über ein normales Arbeitsmaß hinaus. Diese unglaublich engagierten Kolleginnen und Kollegen machen das aus der tiefen Überzeugung, dass man in der gewerkschaftlichen Gemeinschaft und im Betrieb die Verhältnisse verbessern kann. Und dafür halten sie trotz mancher Widerstände und Repressalien oft genug den Kopf hin.

Deshalb ist es wichtig, dass sie mehr Schutz bekommen, gegen die Anfeindungen eines Managements, die aus ideologischer Verbrämung heraus keine Mitbestimmung wollen. Union-Busting ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat und muss zukünftig auch als solche geahndet werden!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aber wir Gewerkschaften können auch nicht alles regeln. Der Staat muss seiner sozialen Eigenverantwortung besser gerecht werden.

Schauen wir kurz auf den Wohnungsmarkt. In Köln müssten jährlich rund 6.000 Wohnungen entstehen – dieses Ziel wurde in den vergangenen Jahren permanent verfehlt! Dabei fehlt es vor allem an bezahlbarem Wohnraum. Hier muss die Stadt Verantwortung übernehmen! Grundstücke dürfen nicht mit größtmöglichem Gewinn an Investoren verkauft werden. Die Devise muss lauten: Bezahlbarer Wohnraum geht vor größtmöglichen Gewinnen und Renditen! Auch deshalb fordert der DGB einen Mietestopp für die nächsten Jahre! Wohnungsbau können wir nicht allein dem Markt überlassen – das geht nur gemeinwohlorientiert!

Und insgesamt gilt: Gerade wenn wir Wandel hin zu einer grünen und nachhaltigen Wirtschaft schaffen wollen, brauchen wir mehr staatliches Handeln. Wir brauchen Straßen und Brücken, über die der Verkehr tatsächlich rollen kann. So etwas wie in Köln-Leverkusen mit der Rheinbrücke darf nicht passieren. Wir brauchen ein intaktes Schienennetz für eine wieder pünktliche Bahn und mehr Gütertransport.

Völlig unzulänglich ausgestattete Schulen oder der digitale Modernisierungstau in den öffentlichen Verwaltungen, zeigen: Wo in der Vergangenheit an der falschen Stelle gespart wurde, erreichen uns jetzt die Folgen umso härter.

Wir müssen die öffentlichen Haushalte sanieren. Damit wieder finanzielle Spielräume da sind, um zu investieren. Deshalb ist für den DGB und seine Gewerkschaften klar: Die Superreichen in diesem Land müssen wieder mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen! Wir fordern eine Vermögenssteuer und eine Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient.

Wenn die Politik unseren steuerpolitischen Vorschlägen folgt, dann hätten wir rund 60 Milliarden Euro jedes Jahr zusätzlich zur Verfügung! Für bessere Straßen, Schienen und Brücken. Für mehr Bildung und Betreuung. Für leistungsfähigere Verwaltungen und für einen schnelleren und einfacheren Service. Für mehr Sicherheit und Schutz vor Kriminalität. Weil wir all das wollen, werden wir weiterhin laut und deutlich für ein solidarisches und gerechteres Steuersystem kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist überall auf der Welt der Tag der Arbeit. Und er ist für uns daher auch immer Anlass für internationale Solidarität.

In diesem Jahr möchte ich besonders unsere ungebrochene Solidarität gegenüber den unterdrückten Frauen in dieser Welt zum Ausdruck bringen. Den Frauen, die im Iran und Afghanistan unterdrückt, ja entmenschlicht werden. Wenn Frauen untersagt wird, ohne Männer auf die Straße zu gehen, wenn sie systematisch gefoltert und vergewaltigt werden – dann ist das mehr als Diskriminierung, das ist Verachtung und Zerstörung menschlichen Lebens.

Wir fordern die Regime im Iran und Afghanistan auf, den Terror gegen Frauen und Mädchen endlich und unverzüglich zu beenden! Ihr Kampf ist unser Kampf und der Kampf aller Frauen dieser Welt – denn Frauenrechte sind Menschenrechte!

Wir verurteilen alle Regierungen, die Unterdrückung, Gewalt und Folter als Mittel der Politik und Instrumente der Macht einsetzen! Das gilt insbesondere für Russland und seinen Angriffskrieg auf die Ukraine. Unsere volle Solidarität gilt den Ukrainerinnen und Ukrainern und ihrem ausgeübten Recht auf



Selbstverteidigung. Doch wir sind auch der Überzeugung, dass immer mehr Waffen nicht automatisch zu einem schnelleren Ende des Krieges führen. Wir setzen darauf, dass die Bemühungen um diplomatische Lösungen verstärkt werden.

Und ein klares Signal möchten wir auch nach Belarus senden: Im Kampf gegen Wahlfälschung, Korruption und Gewalt stehen wir weiterhin an der Seite der belarussischen Zivilgesellschaft. Vor allem aber auch an der Seite unserer dortigen Schwestergewerkschaften. Seit 30 Jahren kämpfen die Beschäftigten in diesem Land. In einem Land, das nationales Arbeitsrecht ausradiert hat und internationale Arbeitsnormen mit Füßen tritt. Das Verbot der unabhängigen Gewerkschaften im letzten Jahr verurteilen wir aufs Schärfste! Die Verhaftung führender Gewerkschaftsmitglieder ist der traurige Höhepunkt völliger Missachtung von Rechtsstaatlichkeit in Belarus.

Wir stehen ein für die Achtung von Menschen-, Frauen- und Bürgerrechten, für soziale Gerechtigkeit und Frieden – hier und überall auf der Welt – „ungebrochen solidarisch“!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Krieg gegen die Ukraine, die Inflation, die Nachwehen der Corona-Pandemie, Digitalisierung und der Wandel hin zu einer klimaneutralen Industrie sind nur einige Themen, die unserer Arbeitswelt und unser Leben jeden Tag auf ganz unterschiedliche Weise beeinflussen.

Viele Menschen sind verunsichert, manche resigniert oder auch wütend. Kein Wunder bei all dem, was in kürzester Zeit an radikaler Veränderung auf uns eintrommelt. Das Wichtigste ist, dass wir in dieser schwierigen Zeit beieinanderbleiben.

Alles, was die Beschäftigten entzweit,  
alles, was uns spaltet,  
alles, was einen Keil zwischen uns treibt,  
schwächt uns und bringt uns von unseren Zielen ab.

Nur gemeinsam sind wir stark genug, aus Veränderung sozialen Fortschritt für die Menschen zu machen. Wie viel wir gemeinsam erreichen und durchsetzen können, haben gerade die letzten Monate und Jahre gezeigt. Lasst uns nicht von dem entmutigen, was noch vor uns liegt. Lasst uns feiern, was wir erreicht haben.

Trotz aller Herausforderungen und auch Krisen: Lasst uns gemeinsam jeden Tag für unsere Werte und Ziele eintreten, im Betrieb und in unserer Gesellschaft.

Ungebrochen solidarisch!